

Flughafen: Am Freitag setzt die Reisewelle ein

Rund 35 000 Passagiere werden erwartet – Viele starten in den Urlaub

VON JOSEF SCHUNDER

STUTTGART. Die Reisewelle rollt: Voraussichtlich rund 25 000 Fluggäste werden am Freitag vom Flughafen Stuttgart in den Urlaub abheben. Mit etwa 35 000 Reisenden insgesamt rechnet Flughafensprecher Volkmar Krämer, da momentan 355 Starts und Landungen angemeldet seien. Die Flugzeuge seien im Durchschnitt mit etwa 100 Passagieren besetzt. Die meisten Reisenden werden in den Pfingsturlaub starten. Rund 10 000 Fluggäste dürften aber auch landen.

Die 355 Flugbewegungen entsprechen in etwa dem Niveau des Flugbetriebs zu Beginn der Pfingstferien 2013. In früheren Jahren waren am Spitzentag der Pfingst-Reisewelle sogar bis zu 450 Maschinen gestartet und gelandet, allerdings wurden damals Flugzeuge mit weniger Sitzplätzen eingesetzt. Daher könne es trotz der geringeren Zahl der Starts und Landungen am Freitagmorgen zu Warteschlangen und Gedränge vor den Schaltern in Terminal 3 kommen, sagte Krämer. Das könne zeitweise auch am Samstag und Sonntag der Fall sein. Die meisten Urlauber ziehe es wieder zu den Sonnenzielen Spanien, besonders Palma de Mallorca, und Türkei.

Nicht nur an den Schaltern in den Fluggastgebäuden, sondern auch auf den Straßen davor ist mit Gedränge zu rechnen. Die Flughafengesellschaft rät, zwei Stunden vor Abflug im Terminal zu sein. Wer mit dem Auto anreist, solle frühzeitig einen Parkplatz ansteuern – zumal es am Flughafen mehrere Baustellen gibt.

Finanzminister Schmid ist neuer CSD-Schirmherr

STUTTGART (dpa/lsw). Baden-Württembergs Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid (SPD) unterstützt in diesem Sommer den Christopher Street Day (CSD) in Stuttgart. Er habe die Schirmherrschaft für die Veranstaltung vom 18. bis zum 27. Juli unter dem Motto „Wir machen Aufbruch!“ übernommen, teilte die Interessengemeinschaft zum CSD am Mittwoch in Stuttgart mit.



Schmid Foto: dpa

Diskriminierung und Intoleranz brächten auch ihn in Aufruhr, sagte Schmid laut Mitteilung der Organisatoren. Die Schirmherrschaft wird jährlich an eine andere politische Partei vergeben – es sei denn die Veranstaltung findet zu nah an Wahlen statt. Im vergangenen Jahr waren beim Start der bunten Parade durch Stuttgarts Innenstadt rund 200 000 Besucher dabei. Der CSD steht weltweit für das Selbstbewusstsein Homosexueller und ihren Widerstand gegen Diskriminierung.

Erstmals seit 1963 höherer Zuschuss für Hebammen

VON KONSTANTIN SCHWARZ

STUTTGART. Die Hebammen in der Landeshauptstadt werden erstmals seit 1963 einen höheren freiwilligen Zuschuss der Stadt für Hausgeburten erhalten. Pro Geburt sollen statt bisher 10,23 Euro künftig 100 Euro bezahlt werden. Der Aufschlag war am Mittwoch im Verwaltungsausschuss des Gemeinderats unstrittig. Ein seit mehr als 50 Jahren gleicher Zuschuss sei „kurios“, sagte Iris Ripsam von der CDU. Künftig 100 Euro seien ein Signal, dass die Stadt das Angebot Hausgeburten erhalten wolle. Der höhere Zuschuss löse aber das Grundproblem extrem gestiegener Haftpflichtversicherungsbeiträge, die für die Hebammen ein Existenzproblem bedeuteten, nicht. Rose von Stein (Freie Wähler) kritisierte, die Stadt spiele den „Lückenbüßer für die gesetzlichen Krankenkassen“.

Finanzbürgermeister Michael Föll (CDU) sprach von einem „Zeichen der Wertschätzung“, die Lösung müsse aber letztlich auf Bundesebene gefunden werden. Sie zeichnet sich in Berlin tatsächlich ab. So sollen die Krankenkassen von Juni 2015 an einen Sicherungszuschlag für Hebammen mit wenigen Geburten finanzieren. Dazu gibt es einen Gesetzentwurf.

In Stuttgart kommen jährlich etwa 100 Kinder außerhalb einer Klinik, also zu Hause oder im Geburtshaus, zur Welt. Durch die höhere Pauschale würden der Stadt Kosten von rund 10 000 Euro pro Jahr entstehen. Sie sollen bis Ende 2015 aus nicht abgeflommenen Mitteln der Bonuscard bestritten werden. In den Haushaltsplanberatungen Ende 2015 soll dann eine langfristige Finanzierungslösung gefunden werden.

Politik widmet sich Trockenmauern in den Weinbergen

Land, Kreis und Kommunen zahlen Zuschüsse für Steillagen

Die Trockenmauern in den Steillagen der Weinbaugebiete rücken auch bei den Politikern ins Bewusstsein. Nicht nur das Land stellt jetzt höhere Zuschüsse bereit, sondern auch viele Kommunen. Das soll die Wengerter motivieren, die ökologisch wertvollen Kulturdenkmale zu erhalten.

VON ANNETTE MOHL

ESSLINGEN. In Esslingen stammt ein Teil der Trockenmauern nachgewiesenermaßen noch aus dem Mittelalter: „Die sind fast tausend Jahre alt“, sagen Otto Rapp und Claus Hägele, die Vorsitzenden des vor einem Jahr gegründeten Staffelsteiger-Vereins. Dieser Verein hat zum Ziel, Fördermittel zu sammeln, damit eingestürzte Mauern fachgerecht wieder aufgebaut werden können. Mit Betonung auf fachgerecht: Was von unten wie ein nettes „Mäuerle“ aussieht, erweist sich von hinten betrachtet als kleiner Festungswall: Die Steine werden in einem bestimmten Winkel in den Berg getrieben und stützen ihn so ab. „Das Ganze muss Spannung haben“, sagt Friedrich Fingerle, der mit seinen 76 Jahren selbst noch Trockenmauern wieder aufbaut.

Die vorne sichtbare Mauer wird ohne Mörtel aufgebaut. Deshalb ist sie auch ökologisch wertvoll. Dort leben etwa Zauneidechsen und wachsen Pflanzen wie Mauerpfeffer und Fetthenne: „Die sind sonst typisch für die Felslandschaft der Alb“, sagt Roland Bauer, ökologischer Berater am Esslinger Landratsamt.

„Durch das Jahrhunderthochwasser 2013 sind viele Terrassen samt Trockenmauern abgerutscht“

Heinz Eininger
Landrat im Kreis Esslingen

In den vergangenen tausend Jahren wurden bröckelnde Mauern von den Weinbauern immer wieder aufgebaut – so ganz nebenbei. Das sei heute wirtschaftlich nicht mehr möglich, sind sich die Wengerter einig. Ohnehin verlangt ihnen der Steillagen-Weinbau die fünffache Arbeitszeit gegenüber flacheren Lagen ab. Wenn sie also Zeit in den Erhalt der Trockenmauern investieren, müssten sie das honoriert bekommen.

Diesem Argument folgt jetzt die Politik. Das Land hebt den Zuschuss für die Bewirtschaftung von Steillagen vom kommenden Jahr an von 350 auf 900 Euro pro Hektar an. Außerdem gibt es Zulagen, wenn stillgelegte Steillagen wieder rekultiviert werden. Die Förderung liegt in Hanglagen mit einer Neigung von mehr als 30 Prozent zwischen 10 000 und 12 000 Euro, in Lagen mit mehr als 45 Prozent Hangneigung bei 15 000 bis 18 000 Euro. Und in reinen Handarbeitslagen bei 28 000 bis 32 000 Euro.

In der Region sind solche schwindelerregend steilen Weinberge nicht selten. In Stuttgart und im Kreis Esslingen machen sie jeweils ein Fünftel der gesamten Rebfläche aus, was in Stuttgart rund 75 Hektar entspricht, im Kreis Esslingen 37 Hektar. Die liegen, abgesehen vom Neuffen, alle am Esslinger Neckarufer. Deshalb hat sich jetzt auch die Stadt Esslingen entschlossen, die Wengerter mit jährlich maximal 20 000 Euro zu unterstützen. Sie dockt damit an ein Programm des Landkreises an, der jährlich 30 000 Euro für die Sanierung der Trockenmauern lockermachen will.

Landrat Heinz Eininger erinnert jetzt bei einem Ortstermin im Esslinger Schenkenberg an das Jahrhunderthochwasser von 2013. Durch die Regenmassen seien viele Ter-

rassenhänge samt der Trockenmauern abgerutscht. Wie dringend die Förderung sei, zeige der Umstand, dass die Weinbauern umgehend 22 Anträge auf Fördermittel stellten, sobald das Förderprogramm ausgeschrieben war. Das Prozedere handhabt das Landratsamt „so unbürokratisch wie möglich“, um die Wengerter nicht noch mit Papierkram zu belasten: „Natürlich können wir Ihren Aufwand auch so niemals vollkommen ersetzen“, so Eininger an die Winzer. Sie erhalten jetzt 100 Euro pro Quadratmeter sanierter Mauer, in manchen Fällen Erschwerenszulage, insgesamt maximal 200 Euro.

Stuttgart hat die größte Rebfläche unter allen deutschen Großstädten

Im Kreis Ludwigsburg wird die Bewirtschaftung der Steillagen ebenfalls honoriert. Die Umweltstiftung der Kreissparkasse unterstützt seit Jahren die Sanierung von Trockenmauern. Insbesondere wurden Projekte in Vaihingen-Rosswag und Kirchheim gefördert. Bisher hat die Kreissparkasse rund 330 000 Euro für den Erhalt und die Sanierung der Trockenmauern im Kreis Ludwigsburg ausbezahlt. Der Kreistag hat in seiner jüngsten Sitzung nun ebenfalls beschlossen, die Sanierung der Trockenmauern am Hohenasperg von 170 000 auf 300 000 Euro aufzustocken. Mehrere Städte und Gemeinden ziehen mit, der Landkreis unterstützt sie dabei.

Die Landeshauptstadt hat mit 450 Hektar Anbaufläche die größte Rebfläche unter allen deutschen Großstädten. Dort hat der Gemeinderat beschlossen, die Fördermittel auf 600 000 Euro aufzustocken. Die Stadtverwaltung orientiert sich an einem Konzept aus Hesse im Kreis Ludwigsburg und will die Förderung der Mauern von 150 Euro je Quadratmeter auf 250 Euro je Quadratmeter erhöhen. Der Vorschlag der Wengerter fand dagegen kein Gehör: Sie wollen – wie in Esslingen – einen Verein gründen, der den Erhalt der Terrassen zum Ziel hat. Dieser Verein sollte dann die Fördermittel bekommen und dafür Feldmaurer und Steinmetze beschäftigen.

Grüne und SPD, die die Aufstockung der Fördermittel beantragt hatten, wollen in das Programm alle Trockenmauern einbeziehen, also auch solche in stillgelegten Rebflächen. So sollen als Erstes die Mauern in den fast komplett verwilderten Weinbauflächen im Gewinn Hohe Halde unterhalb des Frauenkopfs in Rohracker saniert werden. CDU und Freie Wähler dagegen wollen die Zuschüsse nur an Weinbauern auszahlen.

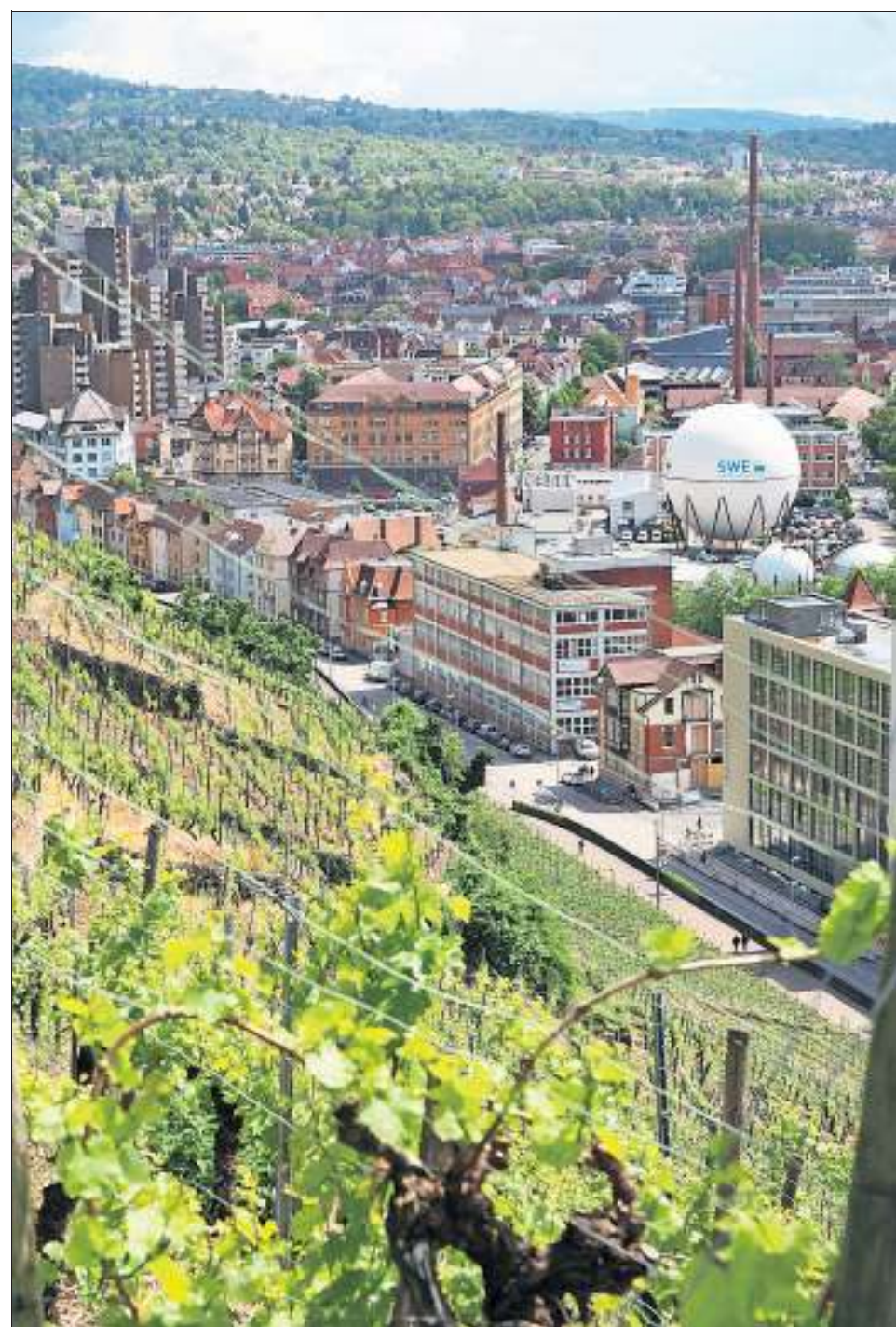
Wengerter hoffen auf den Schulterschluss

Beim Weintourismus wünschen sich Betriebe mehr Offenheit für Gastronomie in den Weinbergen

VON SASCHA SCHMIERER

STUTTGART. Beim Thema Weintourismus hoffen die Wengerter im Land auf einen Schulterschluss mit den Landkreisen. Eine enge Zusammenarbeit bei der Vermarktung soll auswärtigen Gästen den Südwesten als Ausflugsziel schmackhaft machen – und den einzelnen Weinregionen vom Remstal bis ins Markgräflerland einen Besucherzuwachs verschaffen. „Schilder allein sind für Gäste noch kein Erlebnis. Wir brauchen mehr als eine Tourismuswerbung, die nur bis an die Kreisgrenze geht“, betonte Joachim Walter, Präsident des Landkreistags, jüngst bei einem Treffen am Kaiserstuhl.

Bei der dritten Gesprächsrunde zwischen Landräten und Weinbau stellte Friedrich Lörcher von der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt in Weinsberg vor, was es an



Steillage am Esslinger Schenkenberg



Weinbauer Adolf Fingerle beim Trockenmauerbau

Fotos: Peter Petsch

Konzepten für eine bessere Vermarktung zwischen gibt. Während bei der Ausbildung von Weinerlebnisführern eine beachtliche Resonanz zu verzeichnen ist und sich auch die Zertifizierung von Besenwirtschaften und Weinfesten vielversprechend entwickelt, steckt der Weintourismus noch immer in den Startlöchern.

Genehmigungspraxis in den Landkreisen sehr unterschiedlich

Ein Problem beim Ausbau des Angebots ist die von Landkreis zu Landkreis sehr unterschiedlich gehandhabte Genehmigungspraxis. Vor allem bei Baumaßnahmen in Weinbergen beißen die Erzeugerbetriebe bei vielen Behörden auf Granit: „Was beispielsweise im Rems-Murr-Kreis geht, wird in anderen

Landkreisen nicht erlaubt“, erläutert der Geschäftsführer des Weinbauverbands in Württemberg, Werner Bader. Aus seiner Sicht war das Treffen wichtig, um die Landräte für das Thema zu sensibilisieren. Noch Ende Juli soll im Landwirtschaftsministerium ein Spitzengespräch zum Spannungsfeld zwischen Baurecht und Weintourismus stattfinden.

Auch in einem anderen Punkt setzen die Wengerter auf Unterstützung der Landräte. Aktuelle Anbautipps wie die rechtzeitige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln gibt es bisher kostenfrei und neutral über die sogenannte Offiziellberatung der Landwirtschaftsämter. Das Land will mit der Hilfe von EU-Mitteln nun zusätzliche Module schaffen. Die Sorge von Weinbaupräsident Hermann Hohl ist, dass mit dem Extra-Angebot auch Gebühren kommen – und die Erzeuger bald für die Beratung bezahlen müssen.

IHK und Airport-Anschluss bringen S 21 in Zeitnot

Stuttgart 21: Erörterung der Pläne auf den Fildern wohl erst im September – Abriss des IHK-Altbaus soll erneut debattiert werden

VON KONSTANTIN SCHWARZ

STUTTGART. Der ungeklärte Umgang mit dem alten Bürohaus der Industrie- und Handelskammer (IHK) an der Jägerstraße und die öffentliche Erörterung ihrer Flughafenpläne bringen die Bahn beim Projekt Stuttgart 21 erneut unter Zeitdruck.

Am Mittwoch wurde bekannt, dass die von der Bahn für Juli gewünschte öffentliche Erörterung ihrer Pläne zum Flughafen-Anschluss mit hoher Wahrscheinlichkeit erst im September stattfinden wird. Am Flughafen soll ein neuer Fernbahnhof entstehen und der S-Bahn-Halt zu einem kombinierten S- und Regionalbahnhof werden. Von den Anrainerkommunen gibt es Kritik. Sie fürchten durch den Mischverkehr auf der bisher reinen S-Bahn-Strecke eine Ausdünnung des Taktes. Unmittelbare Anwohner erwarten Lärm und Erschütterungen durch die Zusätze der Gäubahn.

Vorgesehen ist eine bis zu dreiwöchige Besprechung der Bahnpläne in der Filderhalle oder einer Halle der Landesmesse. Mit dem Juli-Termin hatte die Bahn eine Baufreigabe im Januar 2015 erwartet. Eine Verschiebung auf September, für die das RP plädiert, weil Gutachten fehlen, könnte zu einem Verzug von bis zu einem Jahr führen.

Späte Baugenehmigung könnte die Fertigstellung gefährden

Würde die gesamte S-21-Infrastruktur mit Tiefbahnhof, Tunneln und Flughafenanschluss erst im Dezember 2022 fertig, könnten sich Mehrkosten von 100 Millionen Euro ergeben. RP und Bahn wollen die Terminfrage laut S-21-Sprecher Wolfgang Dietrich kommende Woche endgültig klären.

Klar ist, dass der DB-Infrastrukturvorstand Volker Kefer bei einer Verschiebung

den Bahn-Aufsichtsrat über die möglichen Folgen unterrichten muss. Das Aufsichtsgremium tagt in zwei Wochen.

Entschieden werden muss aus Sicht der Bahn noch im Sommer, ob das alte Bürohaus der IHK an der Jägerstraße abgerissen werden darf oder ob es für den Tunnelbau darunter extrem aufwendig abgestützt werden muss. Die IHK-Vollversammlung hatte Mitte Mai das von 3,8 auf sechs Millionen Euro aufgestockte Angebot der Bahn für einen Wertausgleich für den Abriss abgelehnt. Grund war, dass die Größe des später möglichen Neubaus von der Stadt eingeschränkt oder ein Neubau untersagt werden könnte.

Man sei weiter im Gespräch mit der IHK, sagte Dietrich am Mittwoch. Die Planungen für die Sicherung des Hauses liefen parallel, allerdings werde die Bahn das Sicherungsverfahren ändern. Weil der Tunnelbau vom Tiefbahnhof nach Bad Cannstatt im Herbst 2015 begonnen werden müsse, brauche die

Bahn in diesem Sommer die Entscheidung der IHK, so Dietrich. Sie könnte bei der nächsten Vollversammlung am 2. Juli oder in einer Sondersitzung fallen, sagt Bernd Engelhardt, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK. Einen Beschluss, Gebäude und Grundstück nicht zu verkaufen, gebe es nicht, so Engelhardt. Er zeigt damit eine Angebotsalternative für die Bahn auf.

Sollte das Bürohaus erhalten bleiben, so würde es nicht über Rohre, über die Beton ins Erdreich gepresst wird, sondern mit Hilfe von Bohrpfehlen gesichert. Auf diesen Pfehlen würde das Fundament zunächst im Erdreich, später direkt auf der partiell verstärkten Tunnelwand abgestützt werden. Zwischen Tunneldecke und Fundament liegen laut Projektleiter Ekkehard Lay zwei Meter Erdreich. Die Lösung mit den Kleinbohrpfehlen sei ein bewährtes Verfahren und einfacher als der sogenannte Rohrschirm, so Lay.